

Pressemitteilung



Frank Junge
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, den 20. September 2017

Nachtrag zum Fall Strenz

Im Nachgang zu seinen gestrigen Äußerungen unterstreicht der SPD-Bundestagsabgeordnete Frank Junge seine Forderung nach Aufklärung im Fall Strenz, der vorgeworfen wird, in den vergangenen Jahren bis zu 30.000 Euro aus einem Firmengeflecht aus Aserbaidschan erhalten zu haben.

„Ich fordere von Frau Strenz eine vollumfängliche Aufklärung – und zwar sofort! Die Aussage von Frau Strenz gegenüber Reportern des SWR, sich erst nach der Bundestagswahl zu äußern, ist eine Verhöhnung der Wählerinnen und Wähler, die nicht wissen, woran sie bei Frau Strenz sind. Es liegt nun an ihr, die gegen sie erhobenen Vorwürfe sofort zu entkräften, indem sie diesbezügliche Zahlungen der letzten Jahre offenlegt und detailliert schildert, wofür sie die Gelder erhalten hat. Auch sollte sie Auskunft über das Firmengeflecht geben, von dem die Zahlungen angewiesen wurden. Hierzu hat sie zwar keine rechtliche Verpflichtung – aber eine moralische! In wenigen Tagen ist Bundestagswahl, deshalb ist sie dies den Wählerinnen und Wählern schuldig.“